

Das Parlament

Berlin, Montag 23. April 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ein neuer Paukenschlag

Recep Tayyip Erdogan Er hat wieder einmal alle überrumpelt: Recep Tayyip Erdogan, türkischer Präsident und Chef der konservativ-islamischen AKP, verkündete bei einem Presseauftakt überraschend, die für November 2019 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen kurzzeitig auf den 24. Juni dieses Jahres vorzuziehen. Zugleich verlängerte das AKP-dominierte Parlament in Ankara den seit dem gescheiterten Putsch 2016 geltenden Ausnahmezustand. Die Wahl wird also im Notstand stattfinden. Zwar hatten viele Türken mit vorgezogenen Wahlen gerechnet, aber niemand mit einem so frühen Termin. Begründet hatte Erdogan den frühen Wahltermin mit dem Militäreinsatz in Syrien und der Notwendigkeit einer mit exekutiven Rechten ausgestatteten Präsidentschaft. Die bekommt er nach dem Referendum von 2017 erst nach einer neuen Wahl. kru

ZAHL DER WOCHE

55,3

Millionen türkische Staatsbürger sind berechtigt, an den vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 24. Juni teilzunehmen. In Deutschland sind 1,4 Millionen der hier lebenden Türken wahlberechtigt.

ZITAT DER WOCHE

»Es muss diesmal klare Vorgaben geben.«

Cem Özdemir, Grünen-Bundestagsabgeordneter, zum bevorstehenden Wahlkampf auch in Deutschland für die türkischen Wahlen im Juni. Im vergangenen Jahr hatte es beim türkischen Verfassungsreferendum viel Ärger um Auftritte türkischer Spitzenpolitiker hierzulande gegeben.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Pflege Personalkrise der Branche Thema einer Ausschussanhörung Seite 4

EUROPA UND DIE WELT
Europa Parlament debattiert Überführung des ESM in einen Währungsfonds Seite 7

KULTUR UND BILDUNG
Deutscher Filmpreis Ausblick auf die Auszeichnung am 27. April Seite 11

KEHRSEITE
Bundestag Die neuen IPS-Stipendiaten in den ersten Wochen in Berlin Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Rote Linien und Raketen

SYRIEN Die westlichen Luftschläge als Antwort auf mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz bleiben hoch umstritten

Hat das Regime des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad wie nachweislich in der Vergangenheit erneut Giftgas gegen Aufständische oder gar gegen Zivilisten eingesetzt? Die Präsidenten der USA, Frankreichs und die britische Premierministerin haben diese Frage beantwortet und am vorvergangenen Wochenende ihre Streitkräfte mit gezielten Luftschlägen syrische Anlagen ausschalten lassen, in denen die Produktion oder Lagerung chemischer Kampfmittel zu vermuten gewesen ist. Der Beweis allerdings, dass das Assad-Regime Anfang April in der damals noch von Rebellen gehaltenen Stadt Duma mit dem Einsatz von C-Waffen erneut eine rote Linie überschritten habe, war zumindest bis zum vergangenen Freitag immer noch nicht erbracht. Das liegt auch daran, dass Syrien und Russland den Ermittlern der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zunächst den Zugang nach Duma mit Verweis auf Sicherheitsbedenken verweigert hatten. Die Experten sollen herausfinden, ob Giftgas eingesetzt wurde, allerdings nicht von wem: Die Verlängerung eines Mandats für eine unabhängige UN-Untersuchungskommission, um Täter zu ermitteln, hatte Russland 2017 UN-Sicherheitsrat mit seinem Veto zu Fall gebracht.

Blockaden In einer Vereinbarten Debatte zur Lage in Syrien betonte Außenminister Heiko Maas (SPD) vergangene Woche, dass das Assad-Regime in der Vergangenheit wiederholt und nachweislich Chemiewaffen gegen die eigene Zivilbevölkerung eingesetzt habe. »Im Verhältnis dazu ist die Zerstörung von Gebäuden, in denen dieser chemische Dreck erforscht, gelagert und produziert wird, als angemessen zu bezeichnen. Wir dürfen uns nie abschließend daran gewöhnen, dass mit Chemiewaffen Kriegsverbrechen begangen werden.« Die internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung hätten bisher im Syrien-Krieg versagt, sagte Maas. Am Ende müsse ein politischer Prozess in Syrien unter der Ägide der Vereinten Nationen stehen. Aber vorerst müsse es darum gehen, bestehende Blockaden aufzulösen und »die Dynamik der Lage« für einen Wiedereinstieg in einen solchen Prozess zu nutzen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete die Angriffe der USA, Großbritanniens und Frankreichs als »ebenso völkerrechtswidrig wie politisch verfehlt«. Es sei ein Irrsinn, bei unklarer Beweislage »eine Bestrafung vorzunehmen, ohne den Schuldpruch abzuwarten«. Es wiederhole sich hier ein Muster aus dem Irak-Krieg 2003, den die



Von Lenkflugkörpern wie diesem feuerte die US-Marine Mitte April vom Roten Meer und vom Persischen Golf aus mit »Tomahawk«-Marschflugkörpern auf vermutete Chemiewaffen-Lager und ein Labor des syrischen Regimes.

USA mit der Behauptung von Giftgaslaboren begründet habe. »Behaupten, nicht beweisen können und trotzdem schießen.« Gauland forderte weniger Dogmatik: »Ohne Assad geht es leider nicht. Auch hier sollten wir eigentlich aus Libyen gelernt haben, dass das Ende einer Diktatur nicht den Anfang einer Westminister-Demokratie bedeutet.«

Unionsfraktionsvize Johann Wadephul (CDU) warb bei der völkerrechtlichen Beurteilung der Militärschläge dafür, die Vorgesichte in den Blick zu nehmen. Mehrfach seien in Syrien Chemiewaffen eingesetzt worden, es habe zwölf Resolutionsanläufe im UN-Sicherheitsrat gegeben, die von Russland torpediert worden seien. Wenn man konstatieren müsse, dass die Vereinten Nationen nicht mehr der Ort seien, um das von ihnen selbst geschaffene Regelwerk zu verteidigen, dann muss es bei einem völkerrechtswidrigen Einsatz von Giftgas möglich sein, darauf eine militärische Antwort zu geben, und dann ist die an der Stelle auch gerechtfertigt, sagte Wadephul (siehe auch Interview auf Seite 2).

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) wies Gaulands Vergleich mit dem Irakkrieg 2003 als »irreführend« zurück: »Bei Assad wissen wir sicher, dass er Massenvernichtungswaffen hat. Wir wissen, dass das Regime Chemiewaffen hat, und wir wissen auch, dass es sie einsetzt.« Lambsdorff bezeichnete das Verhandlungsformat in Genf im Rahmen der UN als »erschöpft«, auch der von Russland initiierte Astana-Prozess sei als »Prozess der Kriegsgewinner« nicht einer friedlichen Lösung für Syrien dienlich. Es sei womöglich sinnvoller, vertrauliche Verhandlungen zu suchen »abseits der Öffentlichkeit, mit Sonderbotschaftern, so ähnlich wie Israelis und Palästinenser das 1993 bis 2000 im Oslo-Prozess gemacht haben«.

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, bezeichnete Giftgaseinsätze als Kriegsverbrechen, die vor das Haager Tribunal gehörten. »Aber erst muss doch geklärt werden, ob es einen solchen Einsatz gab« und wer den Auftrag dafür erteilt

habe. Ohne diese Klärung sei der Beschluss in Syrien mit Marschflugkörpern durch die USA, Großbritannien und Frankreich »nicht angemessen und notwendig, sondern ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg«. Wohin dies führe, lasse sich in Afghanistan, im Irak und in Libyen beobachten. »Wie viel Leid, wie viele Tote, wie viele Verbrechen sind durch diese unverantwortliche Politik verursacht worden?«

Legitimität Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) bemängelte, dass die Bundesregierung das Thema Syrien angesichts der Blockaden im Sicherheitsrat nicht schon längst in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgebracht habe. »Wenn wir uns einig sind, dass Militäreinsätze eine Ultima Ratio sein müssen, dann muss man doch alles, was politisch geht, vorher machen, und nicht, nachdem die Waffen eingesetzt worden sind«, sagte Nouripour. Es könne nicht darum gehen, das Völkerrecht zu verbiegen. »Es geht nicht darum, dass wir Doppelstandards schaffen, die dann am Ende von Russland beispielsweise auf der Krim gegen uns verwendet werden. Aber es geht darum, dass es Wege gäbe, völkerrechtliche Legitimität zu schaffen.« Alexander Heinrich

»Wir wissen, dass das Assad-Regime Chemiewaffen hat und sie auch einsetzt.«

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

Wettlauf mit Waffen

BERICHT Die Regierung warnt vor einer globalen Rüstungsspirale. Ihre Kritiker finden, sie solle vor der eigenen Tür kehren

Die Bundesregierung betrachtet die weltweite Aufrüstung und die zunehmenden Verletzungen von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen mit Sorge. In einer Bundestagsdebatte zum Jahresabrüstungsbericht 2017 (19/1380) machte Außenminister Heiko Maas (SPD) vergangene Woche deutlich, dass die »Zeichen in vielen Teilen der Welt auf Aufrüstung« stünden und die »regelbasierte, kooperative Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur« erodiere. Aufgabe der Bundesregierung sei es, »jeder militärischen Eskalation entgegenzuwirken und auf allen Ebenen für politische Lösungen zu kämpfen«. Die Unsicherheit wegen des Atom-Abkommens mit dem Iran bezeichnete Maas als »alles andere als hilfreich«. Die Bundesregierung setze sich gegenüber der US-Seite dafür ein, das Abkommen zu erhalten. Armin Paul Hampel (AfD) kritisierte, dass die Bundesregierung bei Konflikten für Ausgleich sorgen wolle, bei denen Deutschland keinerlei Gewicht habe. Die Instabilität im Nahen Osten sei eine Folge des Irakkriegs der USA und zum anderen »postkolonialer Schrott« von Franzosen und Briten, den Deutschland nicht aufzuräumen habe. Es

müsse darum gehen, in die Bundeswehr zu investieren, damit »andere Länder uns ernst nehmen«, sagte Hampel. »Wir brauchen eine konventionelle Rüstung, die überzeugt.« Jürgen Hardt (CDU) nannte das Iran-Abkommen einen »Fortschritt, weil er die Sicherheit des Staates Israel erhöht«. Es gebe berechnete Fragen an den Iran, wegen dessen Aggressivität gegenüber Israel. Wenn man aber mit israelischen Generalen und Politikern spreche, bekomme man zu hören, dass man sich zwar mehr wünsche, es aber nicht im Sinne Israels sei, diesen Vertrag über Bord zu werfen. Alexander Müller (FDP) hob hervor, dass es gelungen sei, die Zahl der nuklearen Sprengköpfe weltweit von 64.000 auf heute 15.000 zu reduzieren. Der Weg zu einer atomwaffenfreien Welt müsse weiter beschritten werden, dies sei aber nicht »durch einseitigen Totalverzicht auf nukleare Abschreckung«

machbar. »Solange es Mächte gibt, die in militärisch aggressiver Weise ihre friedlichen Nachbarn unterwerfen wollen, müssen wir uns durch Abschreckung selbst verteidigen können«, sagte Müller auch mit Blick auf Russland. Gregor Gysi (Die Linke) kritisierte die Einseitigkeit der Vorwürfe gegenüber Russland. Er erinnerte daran, dass die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ein negatives Vorbild mit Blick auf Serbien gehabt habe. »Der Westen siegte so sehr gegen Russland, dass er meinte, das Völkerrecht nicht mehr zu benötigen.« Es sei fatal, dass man russische Kooperationsangebote ignoriert habe und stattdessen den »Konfrontationskurs der USA ohne Sinn und Verstand« mitgetragen habe. Katja Keul (Grüne) bezweifelte den Willen der Bundesregierung, für Vertrauensbildung zu sorgen. So habe Außenminister Maas da-

vor gewarnt, mit Blick auf Rüstungsinspektionen »Deals mit der russischen Seite« zu machen. »Mit wem wollen Sie Abrüstungsverträge schließen, wenn nicht mit Russland? Mit sich selbst?« Keul verwies zudem auf das Schweigen der Bundesregierung zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und zum UN-Atomwaffenverbotvertrag. Der Abrüstungsbericht wurde in die Ausschüsse überwiesen (siehe Seite 3). Keine Mehrheit fanden zwei Oppositionsanträge (19/1299, 19/976). Die Linke hatte die Bundesregierung aufgefordert, für den Erhalt des INF-Vertrages (Treaty on Intermediate range Nuclear Forces) einzutreten, der Russland und die USA auf den Verzicht auf landgestützte Atomraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern verpflichtet. Die Grünen rufen die Bundesregierung dazu auf, dem Atomwaffenverbotvertrag der Vereinten Nationen beizutreten. ahe

»Die Zeichen stehen in vielen Teilen der Welt auf Aufrüstung – leider.«

Heiko Maas (SPD), Außenminister



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL Diplomatie ist gefragt

VON JÖRG BIALLAS

Die Fernsehbilder erschüttern: Weinenden Kindern wird hektisch Wasser über Kopf und Gliedmaßen geschüttet, offensichtlich um wenigstens notdürftig die Spuren giftiger Chemikalien zu beseitigen. Er hat es wieder getan, lautet die Botschaft dieser Bilder, erneut hat der syrische Präsident Bashar al-Assad seine eigene Zivilbevölkerung mit todbringenden Kampfstoffen angegriffen. Indes bestreitet Syrien strikt, solche Waffen überhaupt zu besitzen. Die westliche Welt ist fest davon überzeugt, dass das eine Lüge ist. Und so sind mehr als 100 amerikanische, französische und britische Raketen vor Wochenfrist auf Syrien abgefeuert worden. Mutmaßliche Produktionsanlagen und Lager für Giftgas sollten damit zerstört werden. Die Bundesregierung hat diesen Militärschlag ausdrücklich gebilligt; eine deutsche Beteiligung an solchen Maßnahmen komme freilich nicht in Frage, hieß es. Das Geschehen erinnert sehr an die Situation im April 2017. Seinerzeit hatte US-Präsident Donald Trump nach einem vermuteten Giftgaseinsatz ebenfalls den Abschuss von Marschflugkörpern auf Syrien befohlen. Der Abschreckungseffekt dieser Militäraktion war ganz offensichtlich überschaubar, wie die Ereignisse ein Jahr später zeigen. Seit sieben Jahren tobt der Krieg in Syrien. Ein Ende ist nicht absehbar. Ohne Frage ist Assad, unterstützt von Russland, dabei der Aggressor, dem alle Mittel zur Machterhaltung recht sind. Menschenleben spielen in diesem zynischen Kalkül zwischen internationalem Geltungsbedürfnis und Geldgier keine Rolle. Wie in jedem Krieg ist das Schicksal der Zivilbevölkerung längst zum Spielball militärischer Strategien geworden. Wenn aber Waffengewalt gegen Syrien augenscheinlich nicht fruchtet, was ist dann zu tun? Eine politische Lösung sollte engagierter als bisher vorangetrieben werden. Trotz aller berechtigten Vorbehalte wird das ohne Assad nicht gehen. Und auch Russlands Präsident Wladimir Putin muss an den Verhandlungstisch gebeten werden. Den Westen kostet eine diplomatische Initiative nach all den Verbrechen, Grausamkeiten und Lügen der vergangenen Jahre Überwindung. Das ist nachvollziehbar. Die Summe der Enttäuschungen darf aber nicht der Maßstab für einen dringend notwendigen Friedensschluss in Syrien werden.